

(Ministerialdirektor Geh. Rat von **Sandwich**.)

(A) die Bewohner von Friedersdorf würden sonach voraussichtlich zum großen Teil nach wie vor die alten Verkehrsstellen aufsuchen.

Nun ist weiter davon gesprochen worden, daß sich in Friedersdorf Arbeiter befinden, die auswärts Arbeit suchen und die dann, wenn dort eine Haltestelle wäre, mit der Eisenbahn nach ihren Arbeitsstätten fahren würden. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß der Fahrplan für die Arbeitsverhältnisse nicht günstig ist. Auch liegen die Züge dort so fest, daß es kaum möglich sein wird, sie wesentlich zu verlegen. Etwa dieser wenigen Arbeiter wegen aber neue Züge einzustellen wird auch kaum angängig sein. Außerdem sind Beispiele vorhanden, wo sich in anderen Gegenden die Arbeitgeber beschwert haben, wenn durch besondere Arbeiterzüge in die Arbeitsverhältnisse eingegriffen wurde. Und, meine Herren, in Friedersdorf selbst ist bereits Industrie ansässig. Die dortigen Unternehmer würden sonach vermutlich auch nicht sehr erfreut sein, wenn ihnen die Arbeiter durch besondere Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung, durch Arbeiterzüge, entzogen würden.

Ich wiederhole, die Verwaltung wird die Angelegenheit eingehend prüfen und genau abwägen, ob in diesem Falle die Interessen einzelner besonderer (B) Kreise wichtiger erscheinen als die der Allgemeinheit, die dahin gehen, daß die Züge möglichst rasch und pünktlich ihr Ziel erreichen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Kentisch:** Meine sehr geehrten Herren! Wenn ich mir erlaube, zu den Ausführungen des Königl. Herrn Kommissars noch einige Bemerkungen hinzuzufügen, so möchte ich vorausschicken, daß ich diese nur persönlich mache, nicht im Namen der Deputation.

Ich bin allerdings der Meinung, daß die Entwicklung unseres Königreichs Sachsen den vielen Verkehrsstellen zu danken ist!

(Abg. Koch: Sehr richtig!)

In vielen Gegenden sind die Erwerbsverhältnisse infolge der gegebenen Verkehrserleichterungen gewachsen und ganz andere geworden.

(Abg. Koch: Sehr richtig!)

Der Vergleich mit Preußen dürfte für Sachsen, welches ganz anders und dichter bevölkert ist, nicht ganz zutreffend sein!

(Bravo! links.)

Ich persönlich siehe auf dem Standpunkte, daß (C) wir, selbst wenn finanzielle Opfer des Staates nötig sind, aus volkswirtschaftlichen Gründen solche Ortschaften, durch deren Fluren die Eisenbahnen gebaut sind und welche die Züge täglich vorüberfahren sehen müssen, ohne einen Vorteil von diesen Verkehrsmitteln zu haben, an unsere Eisenbahnen anschließen müssen, besonders wenn es sich wie hier um ca. 2500 Seelen handelt, von denen vielleicht ein kleiner Teil nach Ebersbach und Neusalza-Spremberg näher hat, von denen aber doch immer eine sehr bedeutende Zahl die Haltestelle benutzen wird.

Der Herr Abg. Förster, welcher heute dringend abgehalten ist, hat bei der Beratung der Petition in der Deputation geäußert, daß für zahlreiche Arbeiter allerdings die Züge günstig lägen, früh ein Zug nach den Industrieorten, und auch am Abend insofern günstig, als die Fabriken in Neusalza-Spremberg zeitiger geschlossen würden, als es anderwärts geschehe; die Fabriken schlossen dort schon um 6 Uhr, anstatt, wie in Ebersbach, um 7 Uhr. Ich bin nicht genügend über die dortigen Verhältnisse unterrichtet, aber der Herr Abg. Förster hat uns versichert, daß es möglich sei, den zahlreichen Fabrikarbeitern, welche die benachbarten Industrieorte aufzusuchen genötigt sind, mit dieser Haltestelle nach dem jetzigen Fahrplane zu (D) dienen. Ich muß es dahingestellt sein lassen, ob sich diese Angaben bestätigen, wenn nähere Untersuchungen vorgenommen werden. Ich wollte nur noch bemerken, daß man vor kurzer Zeit u. a. in Amtshainersdorf an der Linie Niederneufirch-Schandau eine Haltestelle errichtet hat, welche einer Einwohnerzahl von nur 500—600 Seelen zugute kommt.

Die Finanzdeputation B glaubt stets auch allgemeine Gesichtspunkte im Auge haben zu sollen und solchen Orten, die im Vergleiche mit anderen viel schlechter gestellt sind und mit einer viel größeren Bevölkerungsziffer in den Petitionen auftreten, auch gerecht zu werden zu suchen.

Präsident: Die Deputation beantragt:

„die Petition der Gemeinden Ober- und Niederfriedersdorf, soweit sich dieselbe auf Errichtung eines Personenhaltepunktes bezieht, der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, soweit sie sich auf die Güterverkehrsstelle bezieht, auf sich beruhen zu lassen.“

„Will die Kammer beschließen, diesen Antrag anzunehmen?“

Einstimmig.